

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Roman Haider

und anderer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

betreffend die Kritik an Österreichs Standortpolitik

Die Presse vom 21.01.2015 :*“Österreichs mittelständische Unternehmen gehören zu den pessimistischsten in Europa. Besonders unzufrieden sind sie laut einer EY-Umfrage mit der nationalen Standortpolitik. Nur die Griechen sehen diese noch negativer. [...]*

"Die Stimmung im österreichischen Mittelstand ist deutlich schlechter als die tatsächliche Lage", so Helmut Maukner vom Beratungskonzern EY (Ernst & Young) am Mittwoch. EY hat in 21 Ländern 6000 Unternehmen mit 30 bis 2000 Mitarbeitern befragt, davon 250 in Österreich.

Der Politik stellt der heimische Mittelstand ein schlechtes Zeugnis aus. Mehr als jeder dritte Befragte bezeichnete die österreichische Standortpolitik als "eher" oder "sehr" negativ, nur 15 Prozent finden diese (sehr) positiv. Mit der Mittelstandspolitik sind gar 47 Prozent unzufrieden. Damit belegt Österreich im Europa-Ranking den vorletzten Platz vor Griechenland. Am zufriedensten sind hier Unternehmen aus der Türkei, aus Irland und aus den Niederlanden. "Bei diesem Ergebnis sollten alle Alarmglocken schrillen", so EY-Partner Maukner. Die Politik solle die Sorgen der mittleren Unternehmen ernst nehmen.

Auch, was die Erwartungen an die österreichische sowie die europa- und weltweite Wirtschaftsentwicklung betrifft, sind die österreichischen Firmen vergleichsweise pessimistisch. Umso mehr vertrauen sie sich selbst: 85 Prozent bewerten ihre eigene Geschäftslage als grundsätzlich positiv, 46 Prozent als "gut. Der Europa-Schnitt ist mit 87 bzw. 51 Prozent etwas höher, allerdings ist die Spannweite groß: In Irland und Großbritannien sind über 60 Prozent uneingeschränkt zufrieden, in Griechenland nur neun Prozent. Für 2015 rechnet jedes zweite mittelständische Unternehmen in Europa mit steigenden Umsätzen, im Schnitt wird ein Plus von 1,7 Prozent erwartet, in Österreich sind es 1,6 Prozent. Belastungsfaktoren sind der Fachkräftemangel und die Ukraine-Krise."

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft nachfolgende

Anfrage

1. Worauf führen Sie die pessimistische Haltung Österreichs KMUs' hinsichtlich der heimischen Standortpolitik zurück?
2. Was werden Sie seitens Ihres Ministeriums dagegen unternehmen?

3. Werden Sie sich seitens Ihres Ministeriums für eine explizite Verbesserung der stark kritisierten österreichischen „Mittelstandspolitik“ einsetzen?
4. Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen und wie werden Sie sich dafür einsetzen? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie kann der Sorge österreichischer Unternehmer bezüglich eines Fachkräftemangels entgegengewirkt werden?
6. Was werden Sie diesbezüglich seitens Ihres Ministeriums unternehmen?

